

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/6843/2019
	Status: öffentlich
	Datum: 24.05.2019
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM CDU B90/Die Grünen Marburger Linke FDP/MBL Piratenpartei

Beratungsfolge:		
Gremium Stadtverordnetenversammlung	Zuständigkeit Entscheidung	Sitzung ist Öffentlich

Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. geburtshilfliche Versorgung sicherstellen

Beschlussvorschlag:

Mit Bedauern nimmt die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg die Entscheidung des Diakonischen Gemeinschaftsverbandes Deutschland zur Kenntnis, mit Wirkung zum 31.12.2019 die geburtshilfliche Station im Diakoniekrankenhaus in Marburg-Wehrda zu schließen.

Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich außerdem überrascht, dass es im Vorfeld offenbar keine Informationen und Gespräche gab, um nach einer Lösung zu suchen und die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung aus der örtlichen Presse erfahren musste.

Für die Bevölkerung in Marburg und im Landkreis ist die Sicherstellung der geburtshilflichen Versorgung auf hohem Standard unabdingbar notwendig. Wir begrüßen daher die Bereitschaft und Zusage des UKGM, am Standort Marburg die Versorgung zu übernehmen und für einen kooperierenden Übergang zwischen den beiden Kliniken zu sorgen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Zukunftssicherung der betroffenen Fachkräfte, denen eine berufliche Perspektive geboten werden sollte. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt zudem ausdrücklich, dass der Magistrat gemeinsam mit dem Landkreis im Rahmen des Modell-Projekts zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Stadt und Landkreis (in der gemeinsamen Initiative Gesund bleiben – Versorgung stärken) auch die geburtshilfliche Versorgung in den Fokus nimmt und die Versorgungskordinatorin den betroffenen Mitarbeitenden der Geburtshilfe im Diakoniekrankenhaus Wehrda beratend zur Seite steht. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten, auch im Netzwerk Geburt die aktuelle Situation zu thematisieren und die Bedarfe der betroffenen werdenden Mütter einerseits und die Bedarfe der betroffenen Berufsgruppen andererseits zu besprechen und mögliche Lösungskonzepte (räumlich und organisatorisch) zu erörtern. Darüber hinaus sind generell alle Möglichkeiten zu prüfen, wie die Arbeitssituation der in Marburg und im Landkreis tätigen Hebammen verbessert werden kann, sobald die vom Land Hessen angekündigten Daten der landesweiten Erhebung zur Situation der Hebammen und die daraus abzuleitenden Maßnahmen bekannt sind.

Der Magistrat wird gebeten mit den Akteuren Gespräche dahingehend zu führen, in wie weit die Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe im Diakoniekrankenhaus Wehrda erhalten werden kann.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten zum Ende diesen Jahres über das Ergebnis der Gespräche zu berichten.

Begründung:

Anfang Mai wurde bekannt, dass die Abteilung Geburtshilfe und Gynäkologie am Diakoniekrankenhaus Wehrda Ende 2019 aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wird.

Das Universitätsklinikum in Marburg wird daher künftig die Versorgung von Schwangeren übernehmen.

Um die Versorgungssicherheit in Marburg reibungslos zu ermöglichen wird der Magistrat gebeten, zusammen mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf in der Übergangsphase unterstützend tätig zu sein, soweit dies möglich ist.

Neben der Sicherheit für die betroffenen Schwangeren ist hier auch die berufliche Zukunft der durch die Schließung der Geburtsstation betroffenen Hebammen von besonderem Interesse, zumal die Stadtverordnetenversammlung sich bereits in der Vergangenheit für die Situation der Hebammen in Marburg eingesetzt hat.

Matthias Simon
Dr. Elke Neuwohner
Dr. Michael Weber

Andrea Suntheim-Pichler
Renate Bastian

Jens Seipp
Christoph Ditschler